



Interaten- und Abonnement-Annahme in Groß-Berlin: Augustenstraße 19 15, Berlin-Charlottenburg... (List of subscription agents and addresses)

Wochenspiegel: Die Wochenspiegel... (Introductory text for the weekly review section)

Berliner Tageblatt und Handels-Zeitung

224. Ausgabe A Nr. 139 Dienstag, 14. Juni 1921 50. Jahrgang

Rahe über den „unpolitischen“ Mord an Gareis.

Die Beifegung des Abgeordneten Gareis.

Der Verlauf der Trauerfeier. — Die Verhinderung der sozialistischen Verammlungen.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Wünchen, 13. Juni.

Die Beifegung des ermordeten Abgeordneten Gareis hat heute nachmittag trotz des Regenwetteres Tausende am Friedhof eingeleitet, wo dessen Einsegnungshalle zwischen mehreren Hunderten und sahnen ein Podium errichtet war. Ein Chor und Orchester leitete die Trauerfeier ein. Darauf folgte ein Gebet als Freund des Ermordeten, Abgeordneter... (Detailed report of the funeral proceedings)

Die für heute vormittag angekündigten sozialistischen Verammlungen in den großen Sälen der Stadt haben sich nicht abgespielt. Die Sozialen waren schon längere Zeit vor der Verammlungsstätte polizeilich besetzt worden... (Report on the cancelled socialist meetings)

Wünchen, 13. Juni. (M. T. B.) Der Betrieb ruht nur in den großen Betrieben. Die Beschäftigten sind erschöpft. Die Stadt ist ruhig.

Regensburg, 13. Juni. (M. T. B.) Die hiesigen Betriebsräte fähigen in einem Plakat für heute nachmittag 4 Uhr eine Trauerfeier für den erschöpften Abgeordneten Gareis an. Es wurde beschlossen, die Arbeiter von 8 bis 6 Uhr streiken zu lassen.

Regensburg, 13. Juni. (M. T. B.) Die Arbeit ruht in fast allen Betrieben. Straßenbahn, Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerk liegen still. Die Zeitungen sind nicht erschienen.

Das Kabinett Wieth im französischen Urteil.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 13. Juni. Der französische Kabinettminister Wieth... (Report on the French cabinet's reaction to the trial)

Generalstreik und Entwaffnungsaktion.

Eine amtliche Mitteilung der bayerischen Regierung.

München, 13. Juni.

Amlich wird heute mittag mitgeteilt. Die amtliche Presse und namentlich die Berliner linksradikalen Zeitungen sind voll von falschen Nachrichten und tendenziösen Darstellungen der Lage in Bayern. Demgegenüber wird tafsamgemäß festgestellt, daß über die Person des Mörders des Gareis trotz eifriger Bemühungen der Polizei noch gar nichts festgestellt ist. Es gibt keinerlei Beweise dafür, daß der Mörder in der Person eines Sozialisten der Rechte zu suchen lie. Die politische Ausübung des Verzeihens ist sowohl gleichzeitige unüberleg und gewöhnlich. Der Generalstreik ist in Wirklichkeit schon am Sonntag zusammengebrochen in München und im ganzen Lande. Im Münchener Straßenbild war von Generalstreik nichts zu merken. Auch heute ist dies so geblieben. Trotz dem verberlichen Befehl von Kommande, den Streik auf die lebenswichtigen Betriebe auszuheben, können heute alle lebenswichtigen Betriebe aufrecht erhalten werden. Auch in den großen Fabriken, in den Zentralbetrieben der Eisenbahn und getriebet. Straßenbahn und Eisenbahn sind in vollen Betrieb. Die Regierung hat alle Maßnahmen zur Aufrechterhaltung von Ruhe, Ordnung und Sicherheit getroffen. Die Demonstrationen und Demonstrationen zur politischen Ausübung des Mordes sind verboten. Die Betriebe erklären meißens, die heute noch streikenden Arbeiter zu entlassen. Die bürgerliche Presse hat sich zur Notabgabe vereint. Bedauerlich ist, daß durch den Generalstreik der bis jetzt reifungsfähigen Generalstreik eine große Schmitzereien bereit worden sind. Trotz des guten Willens der Gewerbetreibenden ist durch den Generalstreik die Situation ungemein erschwert, da die Leute angesichts des Generalstreiks und der sozialistischen Drohungen, durch die Erinnerung an die Ereignisse des November 1918 nur schwer sich entschließen können, ihre Waffen abzugeben. Es wäre bedauerlich, wenn trotz des guten Willens der Gewerbetreibenden infolge des Generalstreiks die Entwaffnungsaktionen nicht inngehalten werden könnten. Die Meldung des „Vorwärts“, daß die Arbeiter und Kampfgeleit ausgehen werden seien, welche die Einführung der Entwaffnungsaktion befürworten, und die Leute aufordern, ihre Waffen wieder abzugeben, ist falsch. Die Entwaffnungsaktion ist nicht eingeleitet. Die bestmögliche Entwaffnung geht weiter. Die Gewerbetreibenden sind lediglich darauf aufmerksam gemacht worden, daß im Falle eines Verlustes von links nach Aufauf die Waffen in den Depots in Empfang zu nehmen sind. Die Verantwortung dafür fällt auf die Verammler des unwilligen Streiks. Im übrigen ist der Generalstreik von der Streikleitung für heute abgelehnt.

Diese Erklärung des Herrn v. Rahe ist psychologisch nicht uninteressant. Der bayerische Ministerpräsident kann sich nicht genug tun in verurteilenden Ausdrücken über den Generalstreik (den auch wir, wie jeden politischen Streik, ablehnen), aber kaum je er bisher ein scharfes Wort gegen diejenigen rechtsgerechten Kreise gefunden, welche durch ihre verächtlichen Untriebe jene schandliche Atmosphäre in Bayern geschaffen haben, die in letzter Zeit mehrfach zu Greuelthaten geführt hat. Bisher ist über den Mörder des Abgeordneten Gareis noch nichts in Erfahrung gebracht. Aber die Vermutung liegt nahe, daß nach den Aktenunterlagen gegen die sozialistischen Abgeordneten Sänger und Zimm der Abgeordnete Gareis als Opfer jener rechtschuldigen Kamorra gefallen ist. Wir wollen hoffen, daß Polizei und Staatsanwaltschaft nicht ruhen werden, bis darüber Klarheit geschaffen wird. Die Bemerkung des Herrn v. Rahe über die Entwaffnungsaktion lassen erkennen, wie sehr er sich von diesen Kreisen innerlich abhängig fühlt und schon entscheidende Worte im voraus findet, wenn die Entwaffnungsaktion nicht den Erfolg haben sollte, den das Reich im außenpolitischen Interesse unter allen Umständen verlangen muß.

Zur Lage in China.

Von unserem Korrespondenten Fritz Secker.

Shanghai, im Mai 1921.

Solange es eine ausländische und einheimische Presse in China gibt (und das ist schon reichlich 70 Jahre her), hat es niemals an Stimmen gefehlt, die der Peking Regierung ein düsteres Ende prophezeien, falls sie nicht endlich an die Regelung der Staatsfinanzen gehe, ausländische Freunde und Berater Chinas haben schon zu der Mitte des vorigen Jahres die nächsten Pläne ausgearbeitet, wie man die Finanzen des Landes auf eine gesunde Grundlage stellen könne, und das zu einer Zeit, wo China seinen Cent aus Ausland schuldet. Aber die nächsten Experten haben sich bisher stets in der finanziellen Tragfähigkeit Chinas getäußelt. Land und Regierung bestehen, trotz aller großen Arken der letzten Jahrzehnte, weiter und — was das wunderbarste ist: trotz der hoffnungslosen Lage der Staatsfinanzen blüht das wirtschaftliche Leben, von den inneren Krisen nur wenig geunnt, weiter. Dieses Mal stimmen wieder einmal alle Kenner dahin überein, daß sich die Peking Regierung seit ihrem Beitreten in der schwierigsten Finanzlage befindet. Augenblicklich ist die Peking Regierung, da sich aus inneren und äußerlichen Gründen der Absicht einer internationalen Konsortium-anleihe hinausgeert, völlig auf sich selbst angewiesen; sie muß im Lande selbst nach neuen Geldquellen Umschau halten und mit allem Verfügbaren sparsam wirtschaften. Wie tolllos die augenblickliche Lage ist, zeigt die Tatsache, daß die Beamten der Zentralregierung ohne Gehalt sind oder nur einen ganz geringen Teil ihrer Bezüge, teilweise sogar nicht in Bargeld, sondern in Sachleistungen erhalten haben, und daß auch ein Teil des Heeres auf seinen Sold wartet. Die Beamten, die von Hause aus in der Regel begütert sind, können ein paar Monatsgehälter schon vermissen, dagegen wird das große Heer der Unterbeamten, die mit 25 bis 50 Dollar im Monat auskommen müssen, von der Finanzmiserie empfindlich getroffen. Der unbezahlt geliebene Lehrerrat hat (auch ein Zeichen der Zeit) vor kurzem zur Selbsthilfe gezwungen, indem sämtliche Lehrer der Peking Schulen in Streik getreten sind. Sie wollen erst dann wieder die Arbeit aufnehmen, wenn die Regierung ihren finanziellen Verpflichtungen nachkommen ist. In untrühten Kreisen herrscht die Meinung, daß die Peking Regierung ein viel größeres Beamtenheer beschäftigen. Dies liegt in der chinesischen Gewöhnung, daß nach jedem Kabinettwechsel die neuen Minister ihre eigenen Geheleite mitbringen, ein Teil der eingearbeiteten Kräfte des Vorgängers aber im Dienst behalten wird. Daher kommt es, daß in einigen beherrschenden Stellen mehr Beamte als Schreib- und Schreibgehilfen vorhanden sind, und daß infolge dessen Arbeitsstunden eingehört werden mußten. Der Ministerpräsident Künjüng, der ernstlich bestrift ist, Spararbeit in der Verwaltung ein- und durchzuführen, hat einen großen Beamtenstich in Aussicht gestellt und dabei die Forderung gemacht, daß er die monatlichen Ausgaben für das Heer von 10 auf 5 Millionen Dollar beschränken habe, was einer Aufhebung von 24 Divisionen gleichkommt. Auch gegen die chinesischen Ratgeber, eine seinerzeit von Yuanzhikai eingeführte Heuerung, zieht ein ins Feld. Seit einigen Jahren hat sich die Unflinte herausgebildet, daß Männer in verantwortlichen Ämtern, vom Präsidenten an abwärts, gute Freunde, denen gegenüber sie sich verpflichtet fühlen, aus persönlicher „Malgaber“ auf Staatskosten anstellen; in den meisten Fällen handelt es sich um mit mehreren hundert Dollars im Monat dotierte Einreuter. In Zukunft ist es auch keinem Beamten gestattet (was auch eine postpositive Unflinte ist), gleichzeitig mehrere Ämter zu bekleiden und sich für jedes beidene zu lassen; ist es doch vorgekommen, daß Beamte zu gleicher Zeit 15 Ämter verwalten und sich für jedes etwaismäßig bezahlen ließen! Der Ministerpräsident hofft nach Durchführung der neuen Maßnahmen, ein Drittel der Verwaltungsausgaben der Zentralregierung zu sparen, die zur Zeit monatlich etwa 3 Millionen Dollar (6 Mill. Goldmark) betragen. So scheint der glatte Weitergang der Verwaltungsmalchne wieder auf ein paar Monate gesichert zu sein, aber trotz alledem bleibt die Finanzlage noch ziemlich hoffnungslos.

Die monatlichen Zuschüsse der Provinzialregierungen, die ebenfalls Finanznöte zu überwinden haben, laufen immer unregelmäßiger ein. Die neueste politische Entwidlung, die jetzt im Süden eingeleitet hat, wo sich Sunatzen von einem Parlament in Canton zum Präsidenten der Republik Südwchina ausgerufen ließ, und der auf rechtsherrliche, russische Gräfte zurückzuführende Abfall der äußeren Mongolei von chineischen Reichsverband sind Gesehnisse, die den Staatsfidel auf das empfindlichste schädigen. Die Hoffnungen, aus dem Süden die schon seit Jahr und Tag ausstehenden Reichsteuern zu erhalten, sind auf Monate, vielleicht auf Jahre hinaus vernichtet, wenn es nicht gelingt, den südweltchinesischen Sonderbund an die Peking Zentrale anzuschließen. Die Verhältnisse aber genutzten Zurückgehen der äußeren Mongolei erfordert ebenfalls neue finanzielle Opfer, die in keinem Maßstab zu den Summen stehen, die zur Befriedigung der laufenden Verwaltungsausgaben notwendig sind. Der Streik der Lehrerschaft ist ein erstes Warnungssignal: es zeigt der Regierung, daß sie, wenn sie den Wegen alzu Kraft spannt, benutzt oder unterworf eine soziale Bewegung ausbricht und die